NACHRICHTEN AG

08. Mai 2025

Niedersachsen im Aufruhr: Geplante Wahlkreisreform sorgt für Streit!

Niedersachsen plant eine Wahlkreisreform bis zur Landtagswahl 2027, betroffen sind auch Harburg und Stade. Politische Debatte entflammt.

Harburg, Deutschland - Der niedersächsische Landeswahlleiter Markus Steinmetz hat einen Entwurf für die Neugliederung der Wahlkreise vorgestellt, der auf einem Urteil des niedersächsischen Staatsgerichtshofes basiert. Dies wurde notwendig, um den Vorgaben des Gerichts zu entsprechen, das bemängelte, dass die bisherige Wahlkreiseinteilung nicht der regionalen Verteilung der Wahlberechtigten gerecht wird. Die nächste Landtagswahl in Niedersachsen wird voraussichtlich zwischen Juli und November 2027 stattfinden.

Massive Veränderungen betreffen insbesondere fünf Wahlkreise in den Landkreisen Harburg und Stade: Buchholz, Seevetal, Winsen, Buxtehude und Stade. Der Entwurf sieht unter anderem

die Auflösung des Wahlkreises Winsen sowie die Herauslösung der Samtgemeinde Harsefeld aus dem Wahlkreis Buxtehude vor. Politische Debatten über den Entwurf, der als „massiver Eingriff in die bisherige Wahlkreisgliederung“ kritisiert wird, haben bereits begonnen. Birgit Butter (CDU, Wahlkreis Buxtehude) äußerte sich überrascht über die mögliche Ausgliederung von Harsefeld und befürchtet eine Schwächung ihres Wahlkreises. Auch Jan Bauer (CDU, Wahlkreis Buchholz) lehnt die Neuregelungen ab und kritisiert die Zuordnung der Samtgemeinde Fintel zu seinem Wahlkreis.

Politische Reaktionen auf die Wahlkreisreform

André Bock (CDU, Wahlkreis Winsen) zeigte ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Auflösung seines Wahlkreises, der derzeit eine ideale Wählerzahl aufweist. Corinna Lange (SPD, Wahlkreis Stade) bezeichnete den Entwurf jedoch als Vorschlag und betonte, dass gewachsene Strukturen in den Diskussionen berücksichtigt werden müssen. Die Landräte Kai Seefried (Stade, CDU) und Rainer Rempe (Harburg, CDU) äußerten sich ebenfalls kritisch und warnten vor der Zerstörung gewachsener Strukturen.

Der niedersächsische Staatsgerichtshof hatte in einem Beschluss präzisiert, dass bei der Landtagswahl 2022 Abweichungen bei der Anzahl der Wahlberechtigten in vielen Wahlkreisen festgestellt wurden. Bei dieser Wahl betrug die durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten pro Wahlkreis 69.710. Der Wahlkreis Lüneburg-Land hatte dabei 25 Prozent weniger, während der Wahlkreis Aurich 26 Prozent mehr Wahlberechtigte aufwies. Diese Ungleichgewichte führten zu der Notwendigkeit, die Wahlkreise bis zur nächsten Landtagswahl neu zu ordnen, wie **Die Zeit** berichtete.

Die politische Auseinandersetzung um die Reform wird voraussichtlich intensiv fortgetragen, da alle beteiligten Parteien die Auswirkungen auf die Wahlkreisgliederung und die

wahlpolitischen Strategien abwägen müssen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Wahlkreisreform, Urteil des Staatsgerichtshofes
Ort	Harburg, Deutschland
Quellen	• **www.kreiszeitung-wochenblatt.de** • **www.zeit.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de